

1 **A1 Basisorganisationen stärken, MVV aufwerten**

2 *Bezirksvorstand*

3

4 **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

5 Wir wollen mehr Mitbestimmung und Diskussion sowie den Austausch der
6 Basisorganisationen untereinander ermöglichen. Die Struktur der
7 Basisorganisationen soll gestärkt und mehr Verantwortung übertragen werden.
8 Dazu werden alle Basisorganisationen aufgerufen, nach Möglichkeit zwei
9 SprecherInnen zu wählen, die als Ansprechpartner*innen fungieren.

10 Vor den Mitgliederversammlungen lädt der Vorstand in Zukunft zu einem Treffen
11 der BO-Sprecher*innen ein. Auf diesen Arbeitstreffen sollen aktuelle
12 Entwicklungen diskutiert und die Mitgliederversammlungen gemeinsam
13 vorbereitet werden. Den Sprecher*innen werden weitere Aufgaben übertragen,
14 wie die Sicherstellung der Kommunikation mit dem Bezirksverband, die
15 Organisation der Mitgliederbetreuung der Basisorganisation und die
16 Sicherstellung der Kontinuität der Aktivitäten der Basisorganisationen.

17

18 Begründung:

19 Insgesamt geht es darum, dass sich mehr bisherige und neue Mitglieder aktiv in
20 die Strukturen einbringen. Zudem geht es darum, einerseits die strategische
21 Handlungsfähigkeit des Bezirksverbandes zu erhöhen und andererseits die
22 Initiativmöglichkeit der Basisgruppen und Mitglieder zu stärken. Die
23 organisatorische Verantwortung soll auf mehr Schultern verteilt werden. Die
24 Mitgliederversammlung soll verstärkt zum Ort der Diskussion über Strategie und
25 Aktionen des Bezirksverbandes werden

1 **A2 Budget für Basisorganisationen**

2 *Doris Hammer*

3

4 **Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen,**

5 dass den einzelnen Basisorganisationen ein festes Budget von bis zu 600 Euro
6 jährlich für die politische Arbeit zur Verfügung gestellt wird. Die Mitglieder der
7 Basisorganisationen entscheiden eigenständig im Rahmen der politischen Arbeit
8 über die Verwendung der Mittel, seien es Printmedien, Veranstaltungen,
9 Honorare, Straßenfeste etc.

10

11 Begründung:

12 Ein festes Budget würde analog zum geplanten Jahresbudget der neuköllnisch-
13 Redaktion die Eigenverantwortung der Mitglieder stärken und gleichzeitig die
14 Arbeit des Vorstandes wesentlich erleichtern, da dadurch zeitraubende
15 Diskussionen um einzelne Finanzanträge entfallen würden.

16 Jede Basisorganisation wird damit in die Lage versetzt auch kurzfristig Aktionen
17 oder Materialien zu finanzieren, unabhängig vom Sitzungsrhythmus des
18 Vorstandes. Die Dokumentierung der Ausgaben liegt bei den jeweiligen
19 Sprecher*innen der Basisorganisationen, die auch die entsprechenden
20 Beschlüsse an die Geschäftsstellenleitung zwecks Zahlung übersenden.

1 **A3 Diskriminierung durch das Neutralitätsgesetz beenden**

2 *BO Hermannstraße*

3

4 **Die Bezirksmitgliederversammlung möge beschließen, folgenden Antrag**
5 **an den Landesparteitag der Berliner LINKEN zu stellen:**

6 Die LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, aus dem Neutralitätsgesetz entstehende
7 Diskriminierungen kopftuchtragender muslimischer Frauen abzuschaffen.

8

9 Begründung:

10 Im Wahlprogramm von 2016 schreiben wir:

11 „Kopftuchtragende Muslimas sind, zusätzlich zur geschlechterbedingten
12 Benachteiligung, rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt. Nach der
13 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist das Neutralitätsgesetz zu
14 überprüfen. Konflikten, die aus der Wahrnehmung der Glaubens- und
15 Gewissensfreiheit resultieren, muss mit anderen Maßnahmen begegnet
16 werden.“

17 Das Neutralitätsgesetz diskriminiert Frauen mit Kopftuch und nimmt ihnen das
18 Recht auf freie Berufswahl. Ein eigener Beruf und ein unabhängiges
19 Einkommen sind aber fundamentale Frauenrechte. Ob eine Frau im öffentlichen
20 Dienst eingestellt wird, dafür soll die fachliche Eignung entscheidend sein und
21 nicht ihre Religionszugehörigkeit.

22 Das Neutralitätsgesetz diskriminiert ausschließlich sichtbare Religiosität von
23 Beschäftigten in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes. Es ist nicht
24 ersichtlich, warum Frauen mit Kopftuch zwar als Putzfrauen an
25 allgemeinbildenden Schulen arbeiten dürfen, nicht aber als Lehrerinnen oder
26 Erzieherinnen. Es muss überarbeitet werden, weil es nicht „neutral“ ist. Wir
27 setzen uns für einen religiös und weltanschaulich vielfältigen öffentlichen Dienst
28 ein.

29 Auf dem Landesparteitag im Frühjahr 2018 gab es eine begrenzte Debatte mit
30 Für- und Widerreden, aber keine Entscheidung zum damaligen Antrag aus
31 Neukölln, weil erst die Debatte in der Partei geführt werden sollte. Wir finden,
32 dass es ein Jahr später an der Zeit ist, dass DIE LINKE. Berlin sich positioniert.

1 **A4 Unterstützung Bürgerbegehren „Saubere Schulen“**

2 *Basisorganisation Hermannstraße*

3

4 **Die Bezirksmitgliederversammlung möge beschließen:**

5 DIE LINKE. Bezirksverband Neukölln unterstützt das Bürgerbegehren „Saubere
6 Schulen“.

7

8 Begründung:

9 Erfolgt mündlich.

1 **A5 Polizeirechtsverschärfungen verhindern – Grundrechte**
2 **verteidigen!**

3 *Belma Bekos, Daniel Anton, Martin Haller, Nadine Haske, Bernd Marx, Jens*
4 *Matzигewski, Basisorganisation Süd*

5

6 **Die Bezirksmitgliederversammlung möge beschließen, folgenden Antrag**
7 **an den Landesparteitag der Berliner LINKEN zu stellen:**

8 DIE LINKE. Berlin lehnt jegliche Verschärfungen des Polizeigesetzes
9 entschieden ab, weil sie einen Angriff auf den Rechtsstaat und die Aushöhlung
10 der Grundrechte darstellen.

11 Leichtere und längere Präventivhaft, ein verwässerter Gefahrenbegriff, Online-
12 Durchsuchungen, Telekommunikationsüberwachung, Fußfesseln, mehr
13 Videoüberwachung, die Militarisierung der Polizei – diese Maßnahmen schaffen
14 keine Sicherheit, sondern gefährden sie.

15 DIE LINKE. Berlin steht an der Seite der außerparlamentarischen Bewegung,
16 die sich gegen die Verschärfungen des Polizeigesetzes wenden. Die Fraktion
17 DIE LINKE im Abgeordnetenhaus Berlin wird aufgefordert keine Kompromisse,
18 welche eine Verschärfung des Polizeigesetzes bedeuten würde, einzugehen.
19 Des Weiteren wird die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus gebeten die
20 Parteigliederungen über die laufenden Gespräche mit den Koalitionspartnern zu
21 informieren.

22 Stattdessen wird die Fraktion aufgefordert, die im Koalitionsvertrag vorgesehen
23 Liberalisierung des Versammlungsrechts umzusetzen und das Amt einer oder
24 eines unabhängigen Bürgerbeauftragten einzurichten.

25

26 Begründung:

27 Mit dem Hinweis auf die angebliche Bedrohung durch den Terrorismus wird seit
28 Jahren der Sicherheitsstaat ausgebaut und Bürger*innenrechte eingeschränkt.
29 Der Rechtsruck innerhalb der Gesellschaft führt verstärkt zu autoritären
30 Tendenzen und einem Ausbau des Überwachungsstaates, dem sich DIE LINKE.
31 Berlin entschieden entgegenstellen muss.

32 In vielen Bundesländern, leider auch im rot-rot regiertem Bundesland
33 Brandenburg, wurden die Eingriffsbefugnisse der Polizei erweitert: für das
34 Einschreiten der Polizei reicht nach der Neufassung im bayrischem
35 Polizeigesetz bereits eine „drohende Gefahr“ statt wie bisher einer „konkreten
36 Gefahr“. Damit werden die Eingriffsmöglichkeiten der Polizei weit in das Vorfeld
37 möglicher Straftaten gelegt. Dadurch kann die Polizei Menschen leichter in
38 Präventivgewahrsam nehmen. Und sie darf sie länger festhalten, ohne dass
39 überhaupt eine Strafbarkeit vorliegt. Wer einem Platzverweis nicht nachkommt,
40 kann unbegrenzt lang Ingewahrsam genommen werden. Bei (vermeintlichen)

1 „Gefährdern“ soll sogar eine Präventivhaft von einem Monat möglich sein – auch
2 wenn gar keine Straftat vorliegt. Vor allem solchen Verschärfungen müssen DIE
3 LINKE. Berlin, die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus und alle linken
4 Senatorinnen und Senatoren entschieden widersprechen.

5 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Ausbau des Polizeistaates sich
6 insbesondere auch gegen Linke, Gewerkschafter*innen und gesellschaftlich
7 marginalisierte Gruppen richtet. So wurden zum Beispiel die Proteste gegen den
8 Naziaufmarsch in Dresden oder zuletzt die Proteste gegen den G20- Gipfel in
9 Hamburg mit massiver polizeilicher Repression überzogen. Mit dem
10 Polizeigesetz geraten auch marginalisierte Gruppen wie Wohnungslose oder
11 psychisch Kranke potentiell genauso in den Fokus wie Fußballfans oder
12 Streikende.

13 Statt eines Ausbaus des Polizeistaats fordert DIE LINKE. Berlin die Stärkung
14 von Bürger*innenrechten und eine soziale Offensive für alle – auch als
15 präventives Mittel gegen Kriminalität.

1 **A6 Untersuchungsausschuss zu rechtem Terror und zu rechten**
2 **Strukturen in der Berliner „Sicherheits“-Behörden**

3 *Ferat Kocak*

4

5 **Die Bezirksmitgliederversammlung möge beschließen, folgenden Antrag**
6 **an den Landesparteitag der Berliner LINKEN zu stellen:**

7 DIE LINKE. Berlin fordert

8 1) Innensenator Geisel auf, sich der Sache unmittelbar selbst anzunehmen und
9 für Aufklärung zu sorgen, eine Befragung des Innenausschusses des
10 Abgeordnetenhauses von LKA und Landesverfassungsschutz zu ermöglichen,
11 interne Untersuchungen beim LKA Berlin durchzuführen und alle personellen
12 und strukturellen Veränderungen bei der Polizei vorzunehmen, um einen Erfolg
13 der Ermittlungen der Neuköllner Anschlagsserie zu ermöglichen. Es muss
14 endlich ein Strafverfahren eingeleitet werden, es kann nicht sein, dass die Täter
15 immer noch auf freiem Fuß sind.

16 2) das Abgeordnetenhaus auf, einen parlamentarische
17 Untersuchungsausschuss einzurichten, der rechte Netzwerke und Strukturen in
18 allen Berliner Sicherheitsbehörden (insbesondere Verfassungsschutz,
19 Landeskriminalamt, Polizeien), ihre Verwicklung in den NSU-Skandal und die
20 Versäumnisse bei den Ermittlungen zum Nazi-Terror in Neukölln untersucht.

21

22 Begründung:

23 Mitte März sind wieder rechte Morddrohungen gegenüber drei Neuköllner
24 Antifaschist*innen erfolgt.

25 Es sind nun mehr als 8 Jahre seit Beginn der Nazi-Übergriffe auf
26 Neuköllner*innen vergangen. Obwohl seit Jahren die Betroffenen Versäumnisse
27 der Sicherheitsbehörden anklagen, hat sich von Seiten der Politik nichts bewegt.
28 Auch der Aufforderung der Betroffenen mit Unterstützung einer Entschließung in
29 der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln, diese Taten seitens der
30 Sicherheitsbehörden als terroristisch einzustufen und der Verfahrensübernahme
31 durch die Generalbundesstaatsanwaltschaft, wurde nicht gefolgt.

32 Seit Mai 2016 kommt es erneut immer wieder zu rechten Übergriffen auf
33 Menschen, die sich in Neukölln gegen rechts engagieren: Eingeworfene
34 Scheiben, gesprengte Briefkästen, angezündete Autos, Läden, Cafés und
35 Häuser und auch Stolpersteine wurden häufig entwendet. Den orübergewenden
36 Tiefpunkt bildeten die Brandstiftungen auf die PKWs mehrerer engagierter
37 Neuköllner/innen, u. a. der Historikerin Claudia von Gelieu, der SPD-
38 Verordneten Miriam Blumenthal, des Buchhändlers Heiz Ostermann und des
39 linken Lokalpolitikers Ferat Kocak, bei dem es reiner Zufall war, dass die

1 Gasleitung der Garage nicht getroffen wurde und der Brand nicht auf das Haus
2 übergeschlagen ist.

3 Der mögliche Täterkreis begrenzt sich auf die seit Jahren im Süden Neuköllns
4 aktive, gut verankerte, aber gleichzeitig überschaubare Neonaziszene ein. Es
5 sind die gleichen Namen, die hier seit Jahren kursieren, T. gehört schon sehr
6 lange dazu, seit einiger Zeit auch P. (der auch dem Neuköllner AfD-
7 Kreisvorstand angehört), daneben noch vier, fünf andere Neonazis.

8 Der Landesverfassungsschutz hatte Erkenntnisse darüber, dass T. und P. Ferat
9 Kocak bei einer Veranstaltung im Bezirk Neukölln gezielt beobachtet und nach
10 Hause verfolgt haben, um seine Adresse auszuspähen. Dies teilten sie dem
11 LKA Berlin noch bevor der Anschlag auf Ferat Kocak 2 Wochen nach der
12 Verfolgung verübt wurde, mit. (<http://www.taz.de/!5564024/>) Inzwischen ist
13 außerdem bekannt geworden (Kontraste Sendung 21.3.19), dass auch das LKA
14 selbst durch Abhören von Telefonaten von T. Und P. davon Kenntnis hatte, dass
15 Ferat Kocak in das Visier der Nazis geraten war. Das LKA blieb dennoch
16 untätig, weder wurde Ferat gewarnt noch wurden die Täter auf frischer Tat
17 gestellt oder Gefährderansprachen vorgenommen.

18 Nach über einem Jahr der Ermittlungen ist kein Ermittlungserfolg zu verzeichnen
19 und die Täter befinden sich weiter auf freiem Fuß. Bei einer Durchsuchung von
20 Wohnungen, die mit P. und T. in Zusammenhang stehen, soll unter anderem
21 eine handschriftlich geführte „Feindesliste“ von Neuköllner Antifaschist*innen,
22 die in der Vergangenheit teilweise Opfer von Anschlägen waren, aufgefunden
23 worden sein. Woher die Täter die vielen Adressen haben, ist eine der vielen
24 ungeklärten Fragen im Zusammenhang mit diesen Taten. Und nicht erst seit im
25 Dezember bekannt wurde, dass die für rechtsextreme Drohbriefe an eine
26 Frankfurter Anwältin verwendeten personenbezogenen Daten von Computern
27 hessischer Polizeibeamten stammen, gibt es im Bezirk und bei den Betroffenen
28 den Verdacht, dass auch die in Neukölln verwendeten Adressen von
29 Polizeicomputern stammen könnten. Genauso wie es den Verdacht gibt, dass
30 der Grund für das jahrelange Ausbleiben noch des kleinsten sichtbaren
31 Ermittlungserfolg und die mangelnde Erlaubnis manche Verfahrensakten
32 einzusehen darin liegen könnte, dass der Verfassungsschutz hier auf eine Art
33 involviert ist, die aus Sicht der Behörden auf keinen Fall öffentlich werden darf.

34 Schon allein der Umstand, dass das LKA Berlin aufgrund der Hinweise des
35 Verfassungsschutzes und nach eigenen Erkenntnissen nicht tätig wurde, um
36 beispielsweise Ferat Kocak zu warnen oder den Anschlag zu verhindern, ist ein
37 Skandal. Es erscheint auch unverständlich, dass die Ermittlungen keine
38 sichtbaren Erfolge ausweisen, obwohl seit über einem Jahr ermittelt wird und
39 der potentielle Täterkreis klein erscheint. Auch die Vermutungen der Betroffenen
40 im Hinblick auf rechte Polizeinetzwerke beim LKA Berlin und Involvierung des
41 Landesverfassungsschutzes sind ernst zu nehmen und dem ist nachzugehen.
42 Dass dieses Thema zu Zeiten von NSU 2.0 und dem Hannibal-Netzwerk, dem
43 rechten Netzwerk in der Bundeswehr, noch brisanter ist, als die Politik es
44 einsehen möchte, hat die Berichterstattung in der Kontraste Sendung vom

1 21.3.2019 erneut gezeigt.
2 [https://www.rbb-online.de/kontraste/pressemeldungen-texte/brandanschlag-](https://www.rbb-online.de/kontraste/pressemeldungen-texte/brandanschlag-serie--schwere-vorwurfegegen-berliner-sicherheit.html)
3 [serie--schwere-vorwurfegegen-berliner-sicherheit.html](https://www.rbb-online.de/kontraste/pressemeldungen-texte/brandanschlag-serie--schwere-vorwurfegegen-berliner-sicherheit.html)

4 Hier wurde am Beispiel von Ferat Kocak deutlich, dass seit über einem Jahr ein
5 Neuköllner im Visier der NaziSzene unter Beobachtung stand, dies von den
6 Behörden registriert wurde, jedoch trotz Gefahrenlage der Schutz von Leib und
7 Leben riskiert wurde. Wie sieht es bei den anderen Betroffenen aus? Wen
8 schützen die Politik und die Behörden? Warum geht die Politik den Indizien von
9 rechten Strukturen beim LKA, wie es der RBB 2018 aufdeckte, nicht nach? Der
10 beim LKA Berlin beschäftigte W. ist mit rechtsextremistischen Äußerungen
11 aufgefallen und der selbe LKA Beamte führte 2002 den V-Mann Starke, der dem
12 NSU Trio Sprengstoff besorgt hatte. Es steht der Verdacht im Raum, dass W.
13 wichtige Informationen nicht weitergegeben hat, die zur Aufdeckung des
14 untergetauchten NSU Trios hätten führen können um somit weitere NSU Opfer
15 zu verhindern. Dieser LKA Beamte hat lediglich einen Verweis wegen rechter
16 Äußerungen im Dienst bekommen. ([https://www.rbb-](https://www.rbb-online.de/kontraste/themen/rechtsextremismus-verdacht-gegen-anti-terror-ermittler-derberli.html)
17 [online.de/kontraste/themen/rechtsextremismus-verdacht-gegen-anti-terror-](https://www.rbb-online.de/kontraste/themen/rechtsextremismus-verdacht-gegen-anti-terror-ermittler-derberli.html)
18 [ermittler-derberli.html](https://www.rbb-online.de/kontraste/themen/rechtsextremismus-verdacht-gegen-anti-terror-ermittler-derberli.html))

19 Ein weiterer Fall betrifft den LKA Beamten aus Berlin, der Drohbriefe an
20 Antifaschist*innen verschickt hat. Die Adressen waren offensichtlich von
21 Polizeidatenbanken und wurden auf Polizeidruckern ausgedruckt. Dieser
22 Beamte hat auch lediglich ein Strafbefehl bekommen (Geldstrafe ohne
23 öffentliches Gerichtsverfahren), ist aber weiterhin im Dienst.
24 [https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/02/drohbriefer-berlin-polizist-linke-](https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/02/drohbriefer-berlin-polizist-linke-szene-helfer.html)
25 [szene-helfer.html](https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/02/drohbriefer-berlin-polizist-linke-szene-helfer.html)

26 Wieso werden diesen Indizien und Beweisen nicht weiter nachgegangen? Die
27 Politik ist der Öffentlichkeit Aufklärung schuldig.

28 Die LINKE.Berlin hat auf ihrem Landesparteitag im Dezember 2018 einen NSU-
29 Untersuchungsausschuss für Berlin gefordert. Angesichts der aktuellen rechten
30 Skandale im LKA und im Verfassungsschutz erscheint dies notwendiger denn
31 je. Um nur ein Beispiel zu nennen: So ist der V-Mann Führer des V-Manns S.,
32 der bereits im Jahr 2002 wusste, wo der NSU sich versteckt, ein extrem rechter
33 Polizist, der bis heute im LKA arbeitet.
34 [https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/03/berliner-lka-beamter-thueringen-](https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/03/berliner-lka-beamter-thueringen-nsu-ausschusshinweis.html)
35 [nsu-ausschusshinweis.html](https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/03/berliner-lka-beamter-thueringen-nsu-ausschusshinweis.html)

36 Wir fordern einen Untersuchungsausschuss, der die rechten Strukturen in den
37 Sicherheitsbehörden anhand des NSU und der Neuköllner Terrorserie in den
38 Blick nimmt.

1 **A7 Die Verfolgung der palästinensischen Frauen- und Menschenrechtlerin**
2 **Rasmea Odeh sofort beenden!**

3 *Georg Frankl*

4

5 Vorbemerkung:

6 Rasmea Odeh engagiert sich seit über vier Jahrzehnten als
7 Menschenrechtsaktivistin für Frauen und Immigrant*innen. Im Rahmen des
8 Frauentages wollte sie auf einer Veranstaltung über „Palästinensische Frauen
9 im Befreiungskampf“ referieren.

10 Am 15. März 2019 gab die Senatsverwaltung für Inneres in einer
11 Pressemitteilung bekannt, dass Rasmea Odehs Schengen-Visum aufgehoben
12 wurde, sie Auftrittsverbot habe, ihr jegliche politische Aktivität verboten sei und
13 sie Deutschland verlassen müsse. Der Senat bezieht sich dabei auf die
14 Verurteilung durch ein israelisches Besatzungsgericht.

15 1970 wurde Rasmea Odeh für die angebliche Beteiligung an einem
16 Bombenanschlag in Jerusalem verurteilt. Kläger und Richter waren israelische
17 Soldaten. Ihr „Geständnis“ wurde nach ihren Angaben unter Folter erzwungen.
18 Erst kürzlich erklärten die beiden Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen
19 für Menschenrechtsaktivisten, Michel Forst, und für Menschenrechte in den
20 besetzten palästinensischen Gebieten, Michael Lynk, ihre „tiefe Besorgnis über
21 die Qualität der Rechtsprechung, die Palästinenser*innen unter israelischer
22 Besatzung zugänglich ist“: „Das israelische Militärgerichtssystem - dem alle
23 Palästinenser*innen im Westjordanland unterliegen - verfügt über eine
24 Verurteilungsquote von 99%, was erhebliche Zweifel daran weckt, ob dieses
25 System die internationalen Standards für ordnungsgemäße Prozesse erfüllt,
26 welche die Menschenrechte und das humanitäre Recht vorsehen.“

27 Die Senatsverwaltung für Inneres bezieht sich auf § 47 Abs. 1 S. 2 Nr. 1
28 Aufenthaltsgesetz. Danach kann die politische Betätigung eines Ausländers
29 beschränkt oder untersagt werden, soweit sie die politische Willensbildung in
30 der Bundesrepublik Deutschland oder das friedliche Zusammenleben von
31 Deutschen und Ausländern oder von verschiedenen Ausländergruppen im
32 Bundesgebiet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche
33 Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet.

34 Es gibt keinen einzigen Nachweis für eine antisemitische oder antijüdische
35 Äußerung oder Handlung von Rasmea Odeh. Das drakonische und
36 antidemokratische Vorgehen des Berliner Senats fügt sich gefährlich ein in den
37 autoritären Zeitgeist. Auftrittsverbote, Verfolgung Entzug der
38 Aufenthaltsgenehmigung von Menschenrechtsaktivist*innen erinnern stark an
39 die Praxis autoritärer Staaten wie Türkei, Russland oder Ägypten.

40 Die Mitgliederversammlung möge beschließen, folgenden Antrag an den
41 Landesparteitag

1 DIE LINKE. Neukölln fordert den Berliner Senat auf, die politische Verfolgung
2 von Rasma Odeh unverzüglich zu beenden, den Entzug ihres Visums
3 rückgängig zu machen und ihr Auftrittsverbot aufzuheben. In einer links
4 regierten Stadt muss eine offene Debatte über die Realität und Folgen der
5 israelischen Besatzung möglich sein. DIE LINKE. Neukölln wird diese
6 Resolution auch dem Landesparteitag der Berliner LINKEN zur Abstimmung
7 vorlegen.